

**Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,**

**seit zehn Jahren stelle ich Ihnen nun als Bürgermeister
gemeinsam mit dem Kämmerer den Haushaltsentwurf vor.
Da bin ich natürlich verleitet, Bilanz zu ziehen. Was haben
wir nicht in Zeiten, in denen der Haushalt, Lieblingszitat aller
Kämmerer, „auf Kante genäht“ war und weiterhin ist und
sogar einmal in den Nothaushalt abrutschte, erreicht.
Hohe zweistellige Millionenbeträge für Schulen, Turnhallen,
Kindergärten, Sportplätze, Freibäder, Kultur,
Straßensanierungsprogramm, Dorf- und
Stadtteilentwicklung, Neugestaltung von Siegens Innenstadt,
Gewerbegebiete, Wohngebiete, neue Mitte Eiserfeld,
Feuerwache und und und.**

**Reicht es dann nicht mal? Sollte nicht sofort ein strikter
Sparkurs eingelegt werden? Fragen, die dem ein oder
anderen von Ihnen sicher kommen. Die Antwort ist jedoch
eindeutig: Nein!**

Gespart wird schon seit vielen Jahren. Wir haben eine Vielzahl von Haushaltskonsolidierungskonzepten umgesetzt und haben nun einen Punkt erreicht, an dem zusätzliche Sparmaßnahmen tatsächlich ans Eingemachte gehen würden.

Wichtige freiwillige Aufgaben müssten aufgegeben werden, Strukturen zerschlagen werden und der Dienstleistungsgedanke unserer Verwaltung um wichtige Standards gekürzt werden. Wir werden natürlich auch in Zukunft sparsam mit den städtischen Finanzen umgehen aber wir sollten aufpassen, dass wir uns nicht kaputt sparen. Genau aus diesem Grund haben wir einen langfristigen Konsolidierungskurs bis zum Jahr 2022 mit großer Mehrheit im Rat beschlossen und, um es vorwegzunehmen, auch für den Haushalt 2018 werden wir die angepeilten Eckdaten einhalten können.

Nur wegen dieses vernünftigen Kurses konnten in den letzten Jahren viele Dinge aufgearbeitet werden, die schon in den vergangenen Jahrzehnten hätten angepackt werden müssen.

Jetzt sind die meisten Sanierungsstaus aufgelöst. Aber das heißt ja nicht, dass wir Pause machen können. Zum einen entwickeln sich die Dinge immer rasanter weiter.

Ich habe dazu folgendes anschauliches und leider wahres Beispiel neulich in einer Zeitung gefunden. Sinngemäß hieß es dort: Vier iPads pro Klasse, aber nur eine Toilette für vier Klassen. Dies trifft zum Glück nicht auf Siegen zu, aber meine Damen und Herren, beides, Digitalisierung und notwendige Ausstattung, muss gewährleistet sein. Genauso wie wir wie bisher auch in Stadtteilen und Innenstadt gleichermaßen investieren werden. Das heißt: Mit einer entsprechenden Priorisierung geht es Jahr für Jahr an die Infrastruktur und Einrichtungen in der gesamten Universitätsstadt Siegen.

Nach wie vor gilt: Die Menschen haben einen Anspruch auf eine gute Infrastruktur und Investitionen im öffentlichen Raum. Und deshalb wird es auch in Zukunft notwendig sein, die Infrastruktur, ob Schulen oder Straßen, ob Sport oder Kultur, in Schuss zu halten und den Bürgerinnen und Bürgern in allen Bereichen ein gutes Angebot für ein gutes und attraktives Leben in unserer Stadt zu bieten.

Dass dies haushaltsverträglich möglich ist, haben wir in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt.

An dieser Stelle gilt mein Dank insbesondere den Kolleginnen und Kollegen aller Abteilungen, die mit großem Engagement für die Bürgerinnen und Bürger viel erreicht haben und immer wieder neue Zuschüsse generieren

konnten, damit wir trotz knapper Kassen vieles ermöglichen konnten.

**Meine Damen und Herren,
in den vergangenen Jahren habe ich nicht nur im Rat
regelmäßig einen Appell für eine faire und auskömmliche
Finanzausstattung der Kommunen abgegeben.**

**Denn mit der kommunalen Selbstverwaltung und
-bestimmung ist es nicht mehr weit her.**

**Wir sind an unzähligen Stellen nur noch Erfüllungsgehilfen
übergeordneter Stellen. Die Ausfinanzierung der uns
aufgezwungenen Aufgaben ist bei weitem nicht
auskömmlich. Hier muss es endlich zu einem fairen Umgang
gegenüber den Kommunen kommen.**

**Ich werde deshalb gemeinsam mit den kommunalen
Spitzenverbänden bei der neuen Landesregierung ebenso
wie bei der Bundesregierung für die Interessen der
Kommunen eintreten und gerade in Düsseldorf deutlich
machen, dass es so wie bisher sicher nicht weitergehen
kann.**

**Erste positive Ansätze sind bei der neuen Landesregierung
ja schon erkennbar.**

**Meine Damen und Herren,
klar ist, und das werden Sie gleich anhand der Zahlen, in die Herr Cavellius einführen wird, sehen, dass die Steuereinnahmen bundesweit sprudeln. Land und Bund können zu Recht sagen: Die Kommunen bekommen doch seit Jahren mehr. Aber auf der anderen Seite reißt die Kette an Aufgaben, die uns immer neu übertragen werden, aber nicht ab!**

2018 führt das zu einer regelrecht grotesken Situation: Obwohl wir mehr Schlüsselzuweisungen erhalten und die Gewerbesteuer endlich anzieht, sind die tatsächlichen Planzahlen sogar etwas schlechter, als noch vor ein paar Wochen und unter Anrechnung schlechterer Einnahmen übergeordneter Stellen angenommen.

Dazu führen insbesondere immer weiter steigende Transferleistungen und Zuschüsse im Sozialbereich. Beispielhaft seien hier die Gesetzesänderung zum Unterhaltsvorschuss oder der verstärkte Einsatz von Integrationshelfern für Kinder mit Inklusionsbedarf genannt. Da es Pflichtaufgaben sind, können wir uns als Kommune dem nicht entziehen, müssen ohne jeden Ausgleich einspringen, von den entsprechenden Personalaufstockungen ganz zu schweigen. Hier braucht es dringend einen Systemwechsel.

Ich möchte Ihnen das an einigen Beispielen deutlich machen:

Integrationshelfer:

Die Kosten für schulische Integrationshelfer werden im Rahmen der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gem. § 35 a SGB VIII gewährt; das hat also nichts mit Flüchtlingen oder Migranten zu tun. Hier steigen die Fallzahlen dramatisch an.

Die Jugendhilfe betrachtet sich hier als Ausfallbürge für Leistungen, die nicht oder nicht ausreichend von der Schule erbracht werden, also eigentlich Landesaufgabe sind. Zudem ist das Prüfungs- und Bewilligungsverfahren sehr aufwändig, die Leistung jedoch meist unabweisbar verbunden mit einem positiven Bewilligungsergebnis. Hier haben sich die Kosten in kurzer Zeit mit rund 2 Millionen Euro mehr als verdoppelt, Tendenz weiter steigend.

Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes:

Alle beteiligten Stellen haben ermittelt, dass es durch die Neuregelung mindestens zu einer Verdoppelung der Fallzahlen kommen wird. Zusätzlich müssen bei der Kommune neue Stellen für die Bearbeitung eingerichtet werden.

Heißt unterm Strich: Steigende Kosten und Mehrstellen, die jede Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stellenplans von oben konterkarieren.

Bewältigung der Flüchtlingssituation:

Wir stellen uns auch weiterhin engagiert und mit Überzeugung der Aufnahme und besonders der Integration der zu uns kommenden Menschen. Gerade aber die finanzielle Belastung der Kommunen muss weiter gesenkt werden. Die Kämmerei und das Arbeitsteam Asyl haben gemeinsam die für das Land erforderliche Erhebung der tatsächlichen „Unterbringungskosten“ abgestimmt und organisiert.

Die Summe der Aufwendungen für das I. Quartal ergibt 2.538.062,69 Euro und für das II. Quartal 2.073.064,41 Euro und beinhaltet die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, in Wohnungen, Aufwendungen/Leistungen bei Krankheit, Verwaltungsleistungen und Overhead-Aufwand.

Das Land hat die Kostenerstattung an die Kommunen bereits erheblich verbessert. Pro Flüchtling und Monat erhalten wir 866,- Euro.

Allerdings besteht, stellt man die erhobenen Ausgaben und die Erstattungen des Landes gegenüber, ein städtisches Defizit von fast einer Millionen Euro, im Jahr also 2 Millionen Euro.

Hier muss durch die kommunalen Spitzenverbände nachverhandelt werden:

Zum einen muss die Höhe der Pauschale überprüft werden.

Hier bei uns wäre eine Pauschale von 1079,- Euro zur Kostendeckung erforderlich.

Zum anderen muss der erstattungsfähige Personenkreis erweitert werden. Die kommunale Gemeinschaft fordert, dass für geduldete Flüchtlinge und Ausreisepflichtige eine Erstattung so lange zu erfolgen hat, als Ansprüche nach AsylbLG bestehen, bisher erfolgt dies für max. 3 Monate, was schon eine Verbesserung gegenüber der Situation in 2016 darstellt.

Entgegen der im Rahmen der Verhandlungen zur Flüchtlingsfinanzierung im Jahr 2015 zugrunde gelegten Prognose bleiben jedoch geduldete Flüchtlinge immer noch deutlich länger als drei Monate nach Abschluss des Verfahrens in Deutschland, meist sogar Jahre länger, und beziehen dann weiterhin Leistungen nach AsylbLG. Dies variiert sehr von Einzelfall zu Einzelfall.

Der zuständige Minister hat Mitte Oktober angekündigt, dass die neue Landesregierung ihre Zusagen zu einer Verlängerung der Kostenerstattung über die 3 Monate hinaus aus dem Koalitionsvertrag sehr ernst nehme. Das stimmt uns zuversichtlich.

Denn Integrationsmaßnahmen, weitere behördliche Betreuung usw., dies alles bleibt sowieso bei uns hängen. Auch hier bräuchten wir dringend eine Entlastung. Bleibt also zu hoffen, dass die ersten Aussagen der neuen Landesregierung zum Thema Asyl Bestand haben und eine Verbesserung eintritt.

Und auch der Blick auf die Kreisumlage stimmt mehr als bedenklich. Nun weiß ich, dass man es sich da nicht zu leicht machen darf und die Regularien des Finanzausgleichs nicht isoliert betrachtet werden können.

Aber Fakt ist auch, die Belastung steigt immer weiter. Wäre die Kreisumlage auf dem Niveau von 2007 (45.529.524 Euro), meinem ersten Jahr als Bürgermeister, geblieben, so hätte die Stadt in den vergangenen 10 Jahren 105.000.000 Euro weniger an den Kreis überwiesen, was den größten Teil der seitdem bei uns aufgelaufenen Schulden ausmacht.

Ich muss Ihnen nicht sagen, was das für den städtischen Haushalt und die Belastung der Menschen in Siegen bedeutet.

Mit über 64.000.000 Euro Kreisumlage in der Planung für 2018 durchbrechen wir eine weitere Schallmauer. 4 Millionen Euro mehr als im Vorjahr, das ist insgesamt mehr als doppelt so viel wie noch im Jahr 2003. Wir können das wirklich nicht mehr leisten.

Meine Damen und Herren,

auf der anderen Seite profitieren wir über eine Reihe von Fördermaßnahmen erheblich.

Und insbesondere im Bereich der Städtebauförderung ist uns das Land sehr zugetan, wofür ich dankbar bin.

Uns gelingt es so seit Jahren große Investitionsmaßnahmen durchzuführen, die wir alleine nicht stemmen könnten.

Dies wird sich auch 2018 und darüber hinaus nicht ändern.

Rund um den Siegberg, Gute Schule 2020,

Investitionsfördergesetz, Rundturnhalle auf der Morgenröthe, Straßenbaumaßnahmen, Herrengarten, Dudziak-Park um nur einige Bereiche zu nennen.

Die Menschen spüren, dass Siegen in Bewegung bleibt und sich etwas tut. Das ist wichtig, für die gesamte Region.

Aber vor allem natürlich für die Siegenerinnen und Siegener selbst.

Ich bin mir sicher, wenn nicht gerade die HTS gesperrt ist, merken die Menschen in Siegen und in der Region, dass es nach vorne geht.

Siegen ist eine Stadt im Wandel und es gelingt uns, die Chancen, die sich in unserer immer rasanteren Welt bieten, zu nutzen, ohne die Risiken auszublenden.

Schwerpunkte unserer Investitionstätigkeit 2018 sind natürlich wieder in den Bereichen Schulen und Kindertagesbetreuung, Stadtentwicklung und Infrastruktur, Straßenbau und -unterhaltung, Natur- und Landschaftspflege sowie Kultur und Sport zu finden.

**Meine Damen und Herren,
trotz der etwas schlechteren unverschuldeten
Ergebnisentwicklung in 2018 können wir an unserem Ziel,
den Haushalt 2022 ausgeglichen vorzulegen, natürlich
festhalten. Wir wissen dabei um die Risiken, Stichwort
Zinsentwicklung, und nutzen daher die aktuellen
Rahmenbedingungen wie Förderprogramme und gestiegene
Einnahmen, um weiter den Konsolidierungspfad zu
beschreiten. Besonders wichtig ist mir dabei, dass wir es
auch dieses Jahr schaffen, die Bürgerinnen und Bürger in**

unserer Stadt nicht mit höheren Steuern und Gebühren zu belasten. Dies ist alles andere als selbstverständlich! So wollen drei von vier größeren Kommunen in Nordrhein-Westfalen 2017 oder 2018 Steuern oder Gebühren anheben. Dies geht aus einer repräsentativen Befragung von 87 Finanzverwaltungen durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young hervor, die im Oktober veröffentlicht wurde. Demnach haben 78 Prozent der befragten Kommunen mit mindestens 20.000 Einwohnern entsprechende Pläne. Bundesweit seien es 76 Prozent, so die Studie.

Ich glaube, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind! Vor allem auch, weil wir bei einigen sehr teuren Gebührenarten wie Kita, Abwasser oder Müll konstant seit Jahren so günstig sind, wie kaum eine andere Kommune.

Meine Damen und Herren,

zu den harten Fakten, den konkreten Zahlen:

Wir können auch 2018 den Konsolidierungskurs halten. Der Ergebnisplan 2018 weist nur noch ein Defizit von 14.909.175 Euro aus. Dies sind rund 4,0 Millionen Euro weniger als im laufenden Jahr. Deshalb wird es gelingen, den Zeitpunkt des Haushaltsausgleiches im Jahr 2022 zu halten.

Die Summe der Investitionsaufwendungen -auszahlungen beträgt rund 21,0 Millionen Euro.

Sie liegt also auf konstant hohem Niveau.

Meine Damen und Herren, kommen wir nun zum Stellenplan.

Stellenplan:

Einsparstellen: 6,2 Stellen

Angesichts der Aufgabenfülle und der hohen Beanspruchung vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in fast allen Arbeitsbereichen fällt es trotz eines so umfangreichen Stellenplanes schwer, Einsparstellen aufzuspüren. Der politische Wunsch nach einer Aufgabenkritik ist derzeit nicht erkennbar, immer neue Aufgaben werden der Verwaltung gestellt, die diese mit großem Engagement erfüllt. So bleibt mir nur zu sagen, dass kommendes Jahr 6,2 Stellen eingespart werden können, konkret 3 Stellen in der Sachbearbeitung unterschiedlicher Bereiche, die Stelle eines Hauswartes in den Übergangwohnheimen sowie einige Teilzeitstellen von Reinigungskräften. Das Einsparpotenzial beläuft sich hierfür auf 275.000 Euro.

Mehrstellen: 17,2 Stellen

In meiner Vorbemerkung im Rahmen meiner Verwaltungsvorlage zur Einbringung des Stellenplanes habe ich gesagt: „Den Letzten beißen die Hunde“. In diesem Falle sind wir Kommunen die Letzten, ich bin ja vorhin schon darauf eingegangen.

Beispielhaft möchte ich auf die Gründe und die Notwendigkeit für einige Mehrstellen eingehen: Permanente Änderungen im Ausländerrecht und die Flüchtlingssituation führen zu immer höherem Verwaltungsaufwand. Alleine für diesen Bereich sind 4 zusätzliche Vollzeitstellen erforderlich. Und das, nachdem wir erst vor einem Jahr 3 Mehrstellen hier eingerichtet haben.

Etwas anders gelagert ist das Thema der Sicherheit im öffentlichen Raum. Seit Jahren schieben die Kollegen im Ordnungsamt einen Berg an Überstunden vor sich her. Derzeit wird ein neues Sicherheitskonzept erarbeitet. Damit dieses Konzept nach Fertigstellung kurzfristig umgesetzt werden kann, sind drei Mehrstellen im Stellenplan 2018 vorgesehen.

Eine letzte Anmerkung zu den Mehrstellen. Neben den üblichen Bauunterhaltungsmaßnahmen hat die Technische Gebäudewirtschaft in den nächsten Jahren eine Vielzahl weiterer Projekte zu bewältigen.

Hierzu zählen beispielsweise im Bildungsbereich das Förderprogramm „Gute Schule 2020“ und der Ausbau des Kita-Bereiches mit der Schaffung von ca. 800 weiteren Plätzen in Tageseinrichtungen in den nächsten Jahren. Nur so kann der Rechtsanspruch der Eltern weiter erfüllt werden.

Zu nennen ist auch das Investitionsförderungsgesetz und nicht zuletzt das große Städtebauförderprojekt „Rund um den Sieberg“. Aufgrund des großen Investitionsvolumens schlage ich die Einrichtung von zwei Mehrstellen vor. Das liegt auch daran, dass wir die gesamten Fördermittel zusätzlich verbauen und nicht wie andere Kommunen damit eigenen Investitionen ersetzen.

Die Mehrbelastung für insgesamt 17 Mehrstellen beläuft sich auf 825.000 €

Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2014:

Im Haushaltssicherungskonzept 2014 ist als eine Maßnahme vorgesehen, zukünftige Personalfluktuationen zu nutzen und bis zum Jahre 2022 insgesamt 55 Stellen in Vollzeit einzusparen.

Ergänzend hat der Rat der Stadt Siegen mit dem Stellenplan 2016 beschlossen, dass damit ein Einsparziel von 2.000.000 Euro pro Jahr erreicht werden soll.

Mit den Einsparstellen zum Stellenplan 2018 summiert sich die Zahl der eingesparten Stellen auf 31,3 Stellen.

Unter Berücksichtigung von 40.000 Euro Personalkosten je Stelle ist damit ein Einsparvolumen von 1,25 Millionen Euro erreicht. Dies entspricht einer Quote von 62,5 %.

Ausbildungsstellenplan 2018:

Grundlage für die Zahl der einzustellenden bzw. bereits beschäftigten Auszubildenden ist der sogenannte mittelfristige Ausbildungsstellenplan.

Ohne Berücksichtigung von Praktikantinnen und Praktikanten für die Sozialberufe werden seit einigen Jahren mindestens 50 Auszubildende bei der Stadtverwaltung Siegen beschäftigt.

Auch im Jahre 2018 werden 16 junge Menschen in 6 verschiedenen Ausbildungsberufen eingestellt.

Die Ausbildung im Verwaltungsbereich erfolgt bedarfsorientiert, weil die sehr auf den öffentlichen Dienst ausgerichtete Ausbildung es erschwert, in der freien Wirtschaft nach einer Ausbildung Fuß zu fassen.

Hingegen wird im gewerblichen Bereich leicht über Bedarf ausgebildet, weil hier bessere Chancen für ein berufliches Unterkommen unter Berücksichtigung des erlernten Ausbildungsberufes bestehen.

Aufgrund der Altersstruktur in der Verwaltung wird es in den nächsten Jahren zu erhöhten Fluktuationen insbesondere im Verwaltungsbereich kommen. Den politischen Gremien wird deshalb in Kürze eine neue Personalbedarfsplanung vorgelegt, die diese Problematik aufgreift. Die festgestellten Personalbedarfe für die nächsten Jahre münden dann in einen neuen mittelfristigen Ausbildungsstellenplan, der dem Rat in nächster Zeit zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Ich gehe davon aus, dass wir ab 2019 deshalb im Verwaltungsbereich mehr Ausbildungsstellen schaffen werden, als derzeit.

Fazit:

**Meine Damen und Herren,
Balance – das ging mir bei der Vorbereitung dieses Statements durch den Kopf.**

Einnahmen und Ausgaben sollen ausgewogen sein, Sparen und Investieren dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Und nur auf Land und Bund zu schimpfen ist natürlich auch zu einfach. Wir müssen uns hier vor Ort ebenfalls fragen, was sein muss, sein soll und was nicht drin ist. Dies haben wir verwaltungsintern getan, da wurde auch gerungen und Maßnahmen geschoben, klar. Aber dies klappte in guter Atmosphäre und in besagter Balance zwischen den Geschäftsbereichen. Das ist auch nicht selbstverständlich und ich darf mich bei meinem Verwaltungsvorstand insgesamt ebenfalls bedanken. Einig sind wir übrigens, dass weitere echte Sparmaßnahmen nur möglich sind, wenn wir freiwillige Aufgaben aufgeben oder Leistungsstandards spürbar absenken. Das wollen wir vermeiden. Und ich weiß, dass die große Mehrheit im Rat das genauso sieht.

Und: Unser Ziel muss es weiterhin sein, mit Augenmaß die Prioritäten richtig zu setzen und Siegen weiterzuentwickeln, damit die Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger weiter steigt.

Wichtig ist dabei übrigens nicht, dass wir uns ein oder zwei Etiketten aussuchen und uns dort profilieren. Durch die besondere geografische Lage Siegens ist es gerade die Vielfalt, die uns ausmacht. Wir können eben vieles, und das noch richtig gut. Dies gilt es für die Zukunft unserer Stadt auszubauen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Steffen Mues
Bürgermeister**